



Herr
Heinz-Georg Rözel



Wissen, 18.11.2019

Ihr offener Brief zum Thema Straßenausbaubeiträge vom 13.11.2019

Sehr geehrter Herr Rözel,

vielen Dank für den Offenen Brief an die Mitglieder des Stadtrates und den Unterzeichner. Gerne lade ich Sie hiermit zur ersten ausführlichen Information nach der Einwohnerversammlung im August in die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.11.19 um 17 Uhr ins kulturWERK ein.

Dort wird das Thema, wie vereinbart, in die Diskussion der neuen Gremien der Stadt Wissen nach der Kommunalwahl im Mai 2019 erstmals eingebracht. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir es dort mit einem klaren Ablaufplan diskutieren und alle Argumente wägen, auch die der BI, genauso wie es im Stadtrat am 30.1.2019 beschlossen wurde. Rund weitere drei Monate sind für die Beratungen vorgesehen und die Diskussion ist ja mit den Bürgern am 21.8.19 gestartet.

Von Ihnen in einem Brief aufgeworfene Fragen zum Thema „Einführung wiederkehrender Beiträge“ wurden durch die Verbandsgemeindeverwaltung Wissen (Bürgermeister Michael Wagner) am 16.10.19 und den Unterzeichner am 18.10.19 erstmals ausführlich schriftlich beantwortet. Etliche Fragen sind mit vielen aufgestellten Behauptungen in ihrem Offenen Brief deckungsgleich.

Ihr Offener Brief stellt vielfach falsche Behauptungen auf oder trifft Unterstellungen, die wir versucht hatten, mit unseren o.a. Briefen zu erläutern. Politik lebt nun mal auch von unterschiedlichen Meinungen und in der Frage der Straßenausbaubeiträge müssen diese besonders sorgfältig diskutiert werden.

Aber auch gerade deshalb haben wir gerne viel Zeit und Arbeitskraft in die Beantwortung der Fragen investiert, weil diese gut und wichtig sind und wir sie gerne allen Bürgerinnen und Bürgern von Wissen auf unseren Web-Seiten www.wissen.eu zugänglich machen. Denn Offenheit und Transparenz in diesem wichtigen Thema halten wir ebenso für eine zentrale Bedeutung. Weiterhin möchten wir im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Wissen zu dieser Thematik die Bürger regelmäßig informieren.

Da Ihr Brief im Stadtrat am 4.9.19 verteilt wurde und unsere Antworten allen Mitgliedern des Stadtrates vorliegen, könnten wir es uns einfach machen und darauf verweisen. Da wir aber Ihr Anliegen ernst nehmen, erlaube ich mir nochmals folgende Hinweise:

1. Im Rahmen der Kommunalverfassung von Rheinland-Pfalz ist als Ausfluss der kommunalen Selbstverwaltung und der damit verbundenen Satzungshoheit so, dass der Stadtrat sozusagen als gewähltes „Stadtparlament“ das Thema Straßenausbaubeiträge berät und entscheidet. Das ist ihm kraft Gesetzes (§ 32 Absatz 1 Gemeindeordnung) vorbehalten. Eine Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss ist üblich. Um den sicherlich erhöhten Diskussionsbedarf sicherzustellen und auch den Fraktionen die Chance zu geben sich Meinung zu bilden, wurden gleich mehrere Termine eingerichtet. Dass die Fraktionen gemeinsam in einer Sitzung tagen ohne die Öffentlichkeit, entspricht der Vorgehensweise bei Bund und Land in Ausschüssen und um ohne öffentlichen Druck auch ggfls. personenbezogene Einzelfakten zu diskutieren. Den Zeitplan für diese komplexe Materie habe ich als dessen Vorsitzender in Abstimmung mit den Beigeordneten der Stadt Wissen vorgelegt, genauso wie ich es Ihnen in meinem Schreiben am 18.10.19 bereits angekündigt hatte. Auch haben mir alle Fraktionen berichtet, die Anliegen und Positionen der BI für die Beibehaltung des Einmalbeitrags angehört zu haben oder mit ihr zu sprechen, was für die politische Willensbildung in einer Demokratie auch in unserer Stadt mir sehr wichtig ist und worauf ich im Vorfeld Wert gelegt habe. Insoweit läuft die Diskussion, nichts wird überhastet diskutiert und es ist kein Ergebnis festgelegt, auch wenn Sie das immer wieder so falsch darstellen. Ich zitiere aus meinem Schreiben vom 18.10.19 an Sie:

„Frage:

War der Bürgermeister und der Stadtrat der letzten Legislaturperiode der Überzeugung, dass der Wechsel von einmaligen zu wiederkehrenden Beiträgen nur noch der formalen Beschlussfassung bedarf?

Antwort:

Fakt ist, dass die Frage des möglichen Wechsels in einem Beitragssystem durch den neuen Stadtrat nach der Kommunalwahl diskutiert und entschieden werden sollte vor der Vergabe von Aufträgen für den Straßenbau in Wissen. Fakt ist auch, dass als aller erstes eine Einwohnerversammlung erfolgt. Genau das ist bisher geschehen.

Die Information und Diskussion wird in den nächsten Wochen und Monaten in öffentlicher Sitzung in den Gremien der Stadt Wissen erfolgen und die Entscheidung muss dann spätestens Anfang 2020 getroffen werden. Zuvor sind aber noch durch die Verwaltung und Anwälte rechtliche und tatsächliche Fragen zu klären. Dann kann die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss starten.

Die Meinungsbildung in den Fraktionen hat gerade erst begonnen. Die Einwohnerversammlung war nur als erste Information vor der Beratung in den Ausschüssen und Stadtrat gedacht, um die Bürger aus erster Hand und den aktuellen rechtlichen Stand zu informieren. Sicherlich sind auch für die Stadtratsmitglieder noch viele Fragen zu beantworten.

In der vergangenen Legislaturperiode wurde lediglich einstimmig entschieden das System von wiederkehrenden Beiträgen als Alternative zum Einmalbeitrag in der Stadt Wissen zu prüfen, ob es für die Stadt Wissen überhaupt in Frage kommt und welche Beitragsgebiete sich voraus-

sichtlich ergeben würden. Dazu wurde in der Einwohnerversammlung ein erster Entwurf vorgestellt. Die Gebiete und Straßen müssten aber zunächst nochmals genauer abgegrenzt und überprüft werden. Dazu muss die neuere Rechtsprechung ausgewertet werden.“ Zitatende

2. Nur der Stadtrat, dessen Vorsitzender urgewählte Stadtbürgermeister ist, ist mit seinen insgesamt 25 Personen und dessen Mitglieder sind durch Wahl demokratisch legitimiert. Die Mitglieder des Stadtrates müssen mit Blick auf den Sanierungstau im gesamten Stadtgebiet und vor dem Hintergrund der für die Bürger notwendigen Finanzierbarkeit, der Überalterung im Zuge des demografischen Wandels und vor allem der finanziellen Belastbarkeit eine sachgerechte Entscheidung und Abwägung treffen. Die Grenze zwischen finanziellem Ruin und Finanzierbarkeit in Beitragsfragen ist dabei meines Erachtens die oberste Entscheidungsmaxime und die Stadt muss dabei das Wohl aller Bürger und ihre Interessen im Auge haben, wenn Sie sich für das eine oder andere Beitragssystem entscheidet.

Die BI, der Sie angehören, hat sich von vornherein darauf festgelegt, Wiederkehrende Beiträge abzulehnen und am System der Einmalbeiträge festzuhalten, was ihr gutes Recht ist. Die BI trägt auch keine Verantwortung für diese Entscheidung im Unterschied zum Stadtrat.

Die Aufgabe des Stadtrats und seiner Ausschüsse ist es, im vorgegebenen Zeitrahmen das Thema zu diskutieren und Pro und Contra beider Systeme abzuwägen und dann endgültig zu entscheiden. Der Zeitrahmen ergibt sich aus verschiedenen Zuwendungsbescheiden, weil vor dem Beginn von Straßenausbaumaßnahmen im Stadtgebiet von Wissen eine Entscheidung in die eine oder andere Richtung getroffen werden muss und diese grundsätzlicher Natur ist für die Zukunft des Stadtstraßenbaus.

Den Zeitplan hat der Stadtrat selber einstimmig am 30.1.19 beschlossen, dieser wurde jetzt zeitlich lediglich konkretisiert. Insoweit wird niemand gedrängt, aber richtig ist auch, dass die Stadt Wissen die Entscheidung nicht auf die „lange Bank“ schieben kann, denn dann werden Straßenausbauprojekte und der fristgerechte Abruf von Fördermitteln verzögert und der Stadt Wissen entsteht ein erheblicher Schaden für den dann auch der Rechnungshof in bestimmten Fällen Ratsmitglieder und den Stadtbürgermeister in Regress nehmen kann.

3. Falsch ist auch ihre Behauptung „Einmalbeiträge“ wurden niemals in der Stadt Wissen in Frage gestellt. Im vorpolitischen Raum, wurde mir berichtet, ist das bereits intern vereinzelt diskutiert worden. Richtig ist, dass wir als Stadt in 2018 aufgrund der exorbitanten Steigerung der Baukosten bei der Eisen- und Hüttenstraße, die 50 % über den kalkulierten Kosten lagen, die Ausschreibung aufgehoben haben. Dies geschah nicht zuletzt deshalb, weil wir die einmalige Belastung in diesem Fall nicht für zumutbar erachtet hatten. Das war auch der Anlass des Stadtrates, einstimmig das Thema aufzurufen und zu prüfen, ob Wiederkehrende Beiträge überhaupt in Frage kommen könnten für die Stadt Wissen und ob es Sinn macht. Daraufhin wurde am 21.3.18 eine Koblenzer Rechtsanwaltskanzlei gebeten, diese Frage für das Stadtgebiet von Wissen und für unsere Straßen zu prüfen. Richtig ist auch, dass landauf und landab vor allem die hohen Einmalbeträge zur massiven Kritik an den Beiträgen führen.

4. Zur Einwohnerversammlung am 21.8.19 im kulturWERK: Wir haben vor der öffentlichen Diskussion im Rat als allererstes die Bürger in dieser Versammlung einbezogen und informiert, um deren Anliegen, Sorgen und Ängste aufzunehmen. Mehr Transparenz und Einbindung von Anfang an geht nicht und gab es meines Wissen bisher auch nicht in der Stadt Wissen bei vergleichbaren Projekten vor wichtigen politischen Diskussionen und Entscheidungen. Dazu haben wir im Nachgang auch etliche positive Reaktionen erhalten. Aufgrund der Hinweise in der Einwohnerversammlung und neuer

Rechtsprechung wurden von uns auch nochmals die Beitragsgebiete in den letzten Wochen überprüft. Als Folge der Einwohnerversammlung hat sich daraus die BI ja auch erst gebildet. Sehen wir das doch gemeinsam mal als positiv an, dass Menschen diskutieren, auch wenn Sie unterschiedlicher Meinung sind. Das ist das Wesen von Demokratie.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Antworten weitergeholfen zu haben und werde diese veröffentlichen bzw. an die Presse geben, da es sich um einen Offenen Brief handelt. Die Mitglieder im Stadtrat erhalten eine Kopie meiner Antwort.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen die Verwaltung oder der Unterzeichner gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, consisting of a series of loops and a long horizontal stroke, followed by a small flourish.

Berno Neuhoff
Stadtbürgermeister